



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

wie in jeder Sitzungswoche des Deutschen Bundestages berichte ich Ihnen auch in dieser Woche über die aktuellen politischen Geschehnisse aus Berlin. Ferner gebe ich Ihnen einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin. Jederzeit können Sie auch einen Überblick über meine politische Arbeit auf meiner Homepage oder auf meiner Facebookseite gewinnen.

Es grüßt Sie sehr herzlich
Ihr
Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Regierungserklärung
2. Nachtragshaushaltsgesetz 2015
3. Gesetz zur Förderung von Investitionen
finanzschwacher Kommunen und zur
Entlastung von Ländern und Kommunen bei
der Aufnahme und Unterbringung von
Asylbewerbern
4. Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter
deutscher Streitkräfte an der durch die
Europäische Union geführten Operation
ATALANTA
5. Beratung über das geplante
Sicherheitsabkommen zwischen Deutschland
und Mexiko
6. Gesetz zur Tarifeinheit
7. Relevantes aus Mannheim



1. Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

In ihrer Regierungserklärung erläuterte Bundeskanzlerin Angela Merkel die Schwerpunkte der Bundesregierung für die Beratung auf den bevorstehenden drei Gipfeln und ging dabei auch auf aktuelle Entwicklungen ein.

Beim Gipfel zur östlichen Partnerschaft wird die Implementierung der Assoziierungsabkommen und Freihandelszonen mit Moldau, der Ukraine und Georgien im Mittelpunkt stehen. Auch werden besonders angepasste Angebote und Reformen für Belarus, Armenien und Aserbaidschan besprochen, die wichtige Bindeglieder zu Russland sein können. Die Östliche Partnerschaft im weiteren geographischen Kontext, insbesondere im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Russland und der EU, wird ebenfalls thematisiert. Beim G7-Gipfel werden traditionelle Themen wie Weltwirtschaft, Handel, Energie, Außen- und Sicherheitspolitik sowie Entwicklung besprochen. Deutsche Schwerpunkte im Rahmen der G7-Präsidentschaft sollen auf den Themen Gesundheit, Frauen, Umwelt und auf der Stärkung sozialer und ökologischer Standards in Lieferketten liegen. Laufende G7-Prozesse werden fortgesetzt, vor allem auch die Post-2015-Agenda zur Armutreduzierung und zur nachhaltigen Entwicklung. Als weitere Themen sind der internationale Terrorismus, der sogenannte Islamische Staat, die Lage in der Ukraine, die Sicherheit in Afrika und auf hoher See angedacht.

Der EU-Celac-Gipfel dreht sich um die Gestaltung der gemeinsamen Zukunft der beiden Wirtschaftsregionen. Lateinamerika ist eine Region der Chancen, zu deren Entwicklung Europa Know-how anbieten kann. Die Bundeskanzlerin betonte die große Bedeutung der Gipfel für Deutschland. Denn um die Vielzahl internationaler Krisen in der Ukraine, im Nahen und Mittleren Osten, die Bedrohung durch internationalen Terrorismus und die Ebola-Epidemie zu bewältigen, sind eine enge Abstimmung und ein gemeinsames Handeln mit unseren Partnern entscheidend.

2. Nachtragshaushaltsgesetz 2015

In zweiter und dritter Lesung wurde der Nachtragshaushaltsplan für 2015 vom Deutschen Bundestag beschlossen. Die Bundesregierung ordnet die im Bundeshaushalt 2015 ausgebrachte noch globale Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 7 Milliarden Euro den jeweiligen Politikbereichen zu und schafft damit die Voraussetzung für konkrete Investitionsplanungen der Ressorts. Darüber hinaus unterstützt die Bundesregierung die Kommunen mit dem Investitionsförderungsfonds in Höhe von 3,5 Milliarden Euro. Insgesamt steigen die Nettoausgaben des Haushaltsplans 2015 damit um 3,5 Milliarden Euro. Neue Schulden müssen dafür nicht gemacht werden, der Etat bleibt ausgeglichen.



3. Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern

Mit dem Nachtrag zum Bundeshaushalt 2015, den der Bundestag der vergangenen Woche beschlossen hat, wird die Verteilung des 10-Milliarden-Euro-Pakets für Zukunftsinvestitionen festgelegt. Mit dem Beschluss des Deutschen Bundestags wird damit der Weg für konkrete Investitionsmaßnahmen der Bundesressorts in den Jahren 2016 bis 2018 freigemacht. Die Schwerpunkte liegen in den Bereichen Infrastruktur, Energie und Umwelt. So soll auch künftig langfristiges Wachstum sichergestellt werden.

Um den Kommunen einmal mehr kräftig unter die Arme zu greifen, wurde das Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern beschlossen. Damit auch finanzschwache Kommunen investieren können, enthält es den neuen, mit 3,5 Milliarden Euro ausgestatteten „*Kommunalen Investitionsförderungsfonds*“, überdies eine Aufstockung der für 2017 vorgesehenen Kommunalentlastung von 1 Milliarde auf dann 2,5 Milliarden Euro sowie jeweils 500 Millionen Euro in den Jahren 2015 und 2016 zur Unterstützung der Länder und ihrer Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern.

Mit dem Nachtrag steigen die Ausgaben 2015 um 3,5 von 299,1 auf 302,6 Milliarden Euro. Neue Schulden müssen dafür aber nicht gemacht werden. Der zugewonnene Spielraum beruht auf unserer Haushaltsdisziplin, gesunkenen Zinsausgaben, Bundesbankgewinn und Steuermehreinnahmen. Konsolidieren und Investieren, das ist die Handschrift von CDU und CSU.

4. Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der durch die Europäische Union geführten Operation ATALANTA

Mit der Operation ATALANTA sorgt Deutschland gemeinsam mit seinen europäischen Partnern seit 2008 für die Sicherheit vor der Küste Somalias. Seit Beginn der Mission sind die Piratenangriffe stark zurückgegangen. 2014 gab es nur noch vier versuchte Überfälle auf Handelsschiffe, seit 2012 war kein Überfall mehr erfolgreich. Seit 2008 wurden außerdem 179 Schiffe des World Food Programms und 121 Schiffe von AMISOM nach Mogadischu begleitet, um die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Die deutsche Beteiligung an der erfolgreichen Operation wurde vom Bundestag nun nach dem Antrag der Bundesregierung bis Mai 2016 verlängert. Die Personalobergrenze wird von 1.200 Soldaten auf 950 verringert.



5. Beratung über das geplante Sicherheitsabkommen zwischen Deutschland und Mexiko

Bei der Debatte über das geplante Sicherheitsabkommen zwischen Deutschland und Mexiko habe ich im Plenum des Deutschen Bundestags dafür plädiert, dass die Verhandlungen weitergeführt und zu einem positiven Abschluss gebracht werden. Gerade nach dem unglaublichen Verbrechen an den Studenten in Iguala benötigt Mexiko unsere Hilfe bei der Bekämpfung von Kriminalität, Straflosigkeit und Korruption. Mexiko ist nicht in der Lage, alleine die Verquickung von Gewalt und organisiertem Verbrechen aufzubrechen. Im Unterschied zur Opposition bin ich der Auffassung, dass es gegenüber den Opfern von Iguala und Ihren Angehörigen ein falsches Signal wäre, wenn Deutschland sich jetzt der Bitte Mexikos nach Zusammenarbeit verschließen würde.

6. Gesetz zur Tarifeinheit

In zweiter und dritter Lesung beschloss der Deutsche Bundestag das Gesetz, mit dem die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie dauerhaft sichergestellt werden soll. Die Frage einer gesetzlichen Regelung der Tarifeinheit wurde lange diskutiert. Aus Teilen der Wirtschaft und der Gewerkschaften wird sie für notwendig erachtet. Wie im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD vereinbart, soll der Tarifpluralismus in geordnete Bahnen gelenkt werden. Dabei sind verschiedene Stufen vorgesehen: von der vereinbarten Tarifpluralität über Tarifgemeinschaften bis hin zur Einführung des Mehrheitsprinzips für den Fall, dass sich in einem Betrieb die Tarifverträge überschneiden. Die Rechte der Minderheitsgewerkschaften werden berücksichtigt. Unverändert bleibt, dass über die Verhältnismäßigkeit eines Streiks im Zweifel die Gerichte zu befinden haben, nicht der Gesetzgeber. Das Gesetz ist keine Antwort auf die aktuelle Streiksituation. Das kann es auch nicht bewirken. Die Verfassungsministerien haben den Gesetzentwurf intensiv geprüft und die Verfassungsmäßigkeit bescheinigt. Einige in unserer Bundestagsfraktion teilen diese Auffassung allerdings nicht.

7. Relevantes aus Mannheim

Fanta-Spielplatz Initiative

Kinderspielplätze sind für die Lebensqualität und die Entwicklungschancen von Kindern, insbesondere aus städtischen Gebieten, ein unabdingbarer und kindgerechter Ort zum freien und kreativen Spielen. Deswegen ist es mir eine besonders große Freude, auf die Fanta Spielplatz-Initiative 2015 aufmerksam zu machen. Fanta und das Deutsche Kinderhilfswerk unterstützen im Rahmen der Initiative 100 Spielplätze in ganz Deutschland mit einer Gesamtspendensumme von 185.000 Euro.

Es ist wichtig, dass Kinder nicht nur alleine vor dem Fernseher oder dem Computer sitzen, sondern sich im Freien sozial entfalten können. Gerade in Städten muss deshalb hierfür eine gute Infrastruktur geschaffen werden. In Mannheim können viele Spielplätze einen kreativen Neuanstrich gebrauchen. Ich danke daher



der Coca-Cola GmbH (Fanta) und dem Deutschen Kinderhilfswerk für diese großartige Initiative. Es ist toll, dass sich private Initiativen um unseren Nachwuchs in derart großzügiger Art und Weise bemühen. Ich hoffe, dass aus Mannheim mehrere Betreiber von Kinderspielplätzen an der Initiative teilnehmen.

Ab sofort können sich Spielplatz-Eigentümer sowie auch Vereine, Initiativen oder Privatpersonen mit öffentlich zugänglichen Spielplätzen um eine Förderung der Initiative Fanta bewerben. Der Hauptgewinner darf sich auf 20.000 Euro freuen, die Plätze zwei und drei erhalten jeweils 10.000 Euro zur Aufwertung des Spielplatzes, die Plätze 4-15 werden mit jeweils 5.000 Euro unterstützt und auf die Plätze 16 bis 100 warten jeweils 1.000 Euro. Bewerbungen sind online einzureichen unter <http://spielplatzinitiative.fanta.de/>. Dort sind auch Flyer, Faktenblatt und Presstexte erhältlich. Weitere Informationen finden Sie auch unter <http://spielplatzinitiative.fanta.de/> und www.facebook.com/fantaspielspass.

Parlamentarisches-Patenschafts-Programm (PPP)

Auch in diesem Jahr rufe ich zur Teilnahme am Parlamentarischen-Patenschafts-Programm (PPP) des Deutschen Bundestages auf. Es richtet sich an Schülerinnen und Schüler im Alter von 15 bis 17 Jahren und an junge Berufstätige und Auszubildende bis 24 Jahre. Das PPP ist ein gemeinsames Programm des Deutschen Bundestages und des Kongresses der USA, in dessen Rahmen Jahr für Jahr Schülerinnen und Schüler sowie junge Berufstätige aus Deutschland in die Vereinigten Staaten reisen. Die Stipendiaten des PPP leben ein Jahr in Gastfamilien, besuchen Schulen und absolvieren Praktika in Betrieben.

Ich habe schon mehrfach Patenschaften für Schülerinnen und Schüler sowie junge Erwachsene im Rahmen dieses Programms übernommen. Gerade auch aufgrund der positiven Reaktionen tue ich dies immer wieder gerne. Es bietet den Teilnehmern eine gute Gelegenheit, die Vereinigten Staaten kennenzulernen und hat positive Auswirkungen auf ihre berufliche und persönliche Entwicklung. Die Stipendiaten übernehmen als junge Botschafter Deutschlands in den USA eine wichtige Rolle.

Die Bewerbung für das Parlamentarische Patenschafts-Programm 2016/2017 läuft noch bis zum 11. September 2015. Interessierte finden weitergehende Informationen unter www.bundestag.de/ppp und können sich in meinem Büro (Telefon: 030/227 72291, E-Mail: egon.juettner@bundestag.de) melden.

Städtebauförderung des Bundes für Mannheim

In der Vergangenheit habe ich mich immer wieder dafür eingesetzt, dass aus der Städtebauförderung des Bundes Gelder nach Mannheim fließen. Wie mir nun Staatssekretär Florian Pronold vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit mitteilte, sind in den vergangenen zehn Jahren bis einschließlich 31.12.2014 47,1 Millionen Euro Bundesmittel nach Mannheim geflossen. Die Gelder wurden verwendet für die Programme Sanierung und Entwicklung West, Soziale Stadt, Stadtumbau West und für das Zentrenprogramm. Gefördert wurden 21 Einzelmaßnahmen, die von Schönau Nord über die Planken in der Innenstadt bis zum Karolingerweg auf der Hochstätt reichten. Die höchste Einzelsumme mit 6.579.300 Euro floss in die Erweiterung der Humboldtstraße in der Neckarstadt West. Ich werde mich dafür einsetzen, dass auch in Zukunft Mannheim von der Städtebauförderung des Bundes profitiert.



Peter Rosenberger, Oberbürgermeister

Unserem Oberbürgermeisterkandidaten Peter Rosenberger ist die Stadtentwicklung ein großes Anliegen. Peter Rosenberger tritt für eine „positive, nachhaltige und erfolgreiche Stadtentwicklung“ ein und will „eine neue Wohnungsbauentwicklung in unserer Stadt beginnen, die mehr Individualität zulässt“. In seinem Wahlprogramm 2015-2023 setzt er klare Akzente in Bezug auf die Stadtentwicklung. Besonders wichtig ist ihm die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Entscheidungsfindung zur Stadtentwicklung. Aus diesem Grund will er die jetzige Beratungsstruktur der vom Gemeinderat bestellten Bezirksbeiratsgremien reformieren und eine der drei Sitzungen des Bezirksbeirates eines Stadtteils als Bürgerversammlung gestalten, die von einem Bürgermeister geleitet wird. Rosenberger in seinem Wahlprogramm: „Die Bürgerinnen und Bürger haben dort die Möglichkeit, sich über sämtliche kommunale Themen, auch über den Stadtbezirk hinaus, sich mit der Stadtverwaltung, dem Gemeinderat und dem Bezirksbeirat auszutauschen.“

Mit Ihrer Stimme für Peter Rosenberger bei der Oberbürgermeisterwahl am 14. Juni unterstützen Sie auch eine Ausweitung der Bürgerbeteiligung bei der weiteren Stadtentwicklung.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf.
Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Internet: www.egon-juettner.de